

Calmer Wochenblatt

Nr. 270

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 10 Goldpfennige, Familienanzeigen 8 G. Pf., Reklamen 30 G. Pf. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 %.

Samstag, den 17. November 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 800000000 M., wöchentlich. Postbezugspreis 800000000 M., ohne Beleggeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Aus technischen Gründen müssen wir die umfangreichen Berichte über den Abbruch der Verhandlungen der Ruhrindustriellen mit der belgisch-französischen Ingenieurkommission und die Reparationsrede Poincarés verschieben. Die Verhandlungen wurden abgebrochen, weil die Industriellen die Anrechnung der von ihnen zugestandenen Leistungen an Frankreich auf Reparationskonto verlangten, was die Kommission verweigerte.

Poincaré begründete in der Kammer seine Reparationspolitik, die eine lange Reihe von Zugeständnissen gewesen sei, bis man nach Feststellung der Verheerungen Deutschlands zur Besetzung des Ruhrgebiets geschritten sei. Nicht billige Seitenbemerkungen wurden dabei der englischen Politik gegenüber gemacht. England habe noch höhere Reparationsforderungen als Frankreich gemacht. Poincaré suchte dann die Gegensätze im Innern Deutschlands dadurch noch zu verschärfen, daß er erklärte, die Verhandlungen der deutschen Industrie seien deshalb gescheitert, weil Frankreich es abgelehnt habe, die Reparationslasten auf die deutschen Arbeiter abzuwälzen, indem die Industriellen verlangt hätten, daß die 10stündige Arbeitszeit eingeführt würde.

Die Krisis in der Reichsregierung scheint vorerst hinausgezögert werden zu wollen, da die bürgerlichen Mittelparteien keine Regierungsänderung angesichts der ersten inneren und äußeren Lage wünschen. Auch bezüglich des Rheinlands scheint zur Zeit eine andere Auffassung als die gestern in unserm Zeitungsbesprechungen vorherrschenden. Man will anscheinend vorerst doch nicht die radikale Politik der Aufgabe der finanziellen Unterstützung des Rheinlandes verfolgen.

Der ehemalige deutsche Kaiser erläßt eine Erklärung, daß er die Reise des Kronprinzen nach Deutschland nicht gutheiße.

Die Ruhr- und Reparationsfrage.

Schwere Unruhen in den besetzten Gebieten.

Essen, 17. Nov. Infolge der vom Bechensverband ausgesprochenen Kündigungen fanden in der Umgebung von Essen gestern morgen größere Bergarbeiterdemonstrationen in Recklinghausen und auf den Schächten der Zeche „Zollverein“ in Katernberg statt. Von kommunistischer Seite war durch Plakate zu einer größeren Demonstration aufgefördert worden, die gestern nachmittag um 3 Uhr im Zentrum der Stadt Essen auf dem Holzplatz stattfinden sollte. Gegen 3 Uhr kamen aus den Außenbezirken und den Vororten größere Menschenmengen, die in das Stadtinnere vordringen wollten. Die Demonstranten wurden in der Nähe des Limbederplatzes von der Polizei aufgefordert, die Züge aufzulösen. Als dem Verlangen nicht entsprochen wurde und auch die Demonstranten versuchten, weiter vorzudringen, sah sich die Polizei genötigt, von der Waffe Gebrauch zu machen. Seitens der Demonstranten wurde nun auf die Polizeimannschaften geseuert und auch Handgranaten geworfen. Vor den Kruppischen Konsumanstalten wurden Barrikaden errichtet, von wo aus die Mannschaften der blauen Polizei beschossen wurden. Zu der gleichen Zeit kam es zu Ansammlungen in verschiedenen Stadtteilen. Es gelang der Polizei, diese Ansammlungen aufzulösen. Während der Unruhen wurde seitens der Separatisten die Gelegenheit benutzt, um an verschiedenen Stellen Plakate mit der Proklamation der Rheinischen Republik anzukleben. Auch im Stadtteil Segerhof haben sich Ausschreitungen ereignet. Hier kam es zu umfangreichen Plünderungen auf dem Güterbahnhof und auf dem in der Nähe liegenden Bahnhof Essen-Nord. Im weiteren Verlauf der Unruhen zogen starke französische Truppenabteilungen durch die Stadt. Von der Polizei wurde eine größere Anzahl Verhaftungen vorgenommen. Soweit bis jetzt bekannt ist, sind auf Seiten der städtischen Polizei ein Toter und 3 Verwundete zu beklagen. Auf Seiten der De-

monstranten gab es nach vorliegenden Meldungen 2 Tote und rund 30 Verwundete, darunter eine große Anzahl Schwerverwundeter.

Düsseldorf, 17. Nov. Die Ruhestörungen dauerten gestern den ganzen Tag fort. Am Abend versuchten wiederum starke Trupps aus den Stadtteilen Eller und Oberbilk gegen die Stadt vorzudringen, sodaß ihnen die Polizei entgegenzutreten mußte.

Düsseldorf, 18. Nov. Die Plünderungen dauern in allen Stadtteilen an. Vor allen Dingen werden Fuhrwerke und Lebensmitteltransporte in den Außenbezirken angehalten und ausgeraubt. Daß es aber den Plünderern nicht allein darauf ankommt, den Hunger zu stillen, beweist der Umstand, daß auch ein Porzellan- und ein Herdgeschäft völlig ausgeraubt wurden. Vormittags wurde an einzelnen Stellen auch der Versuch gemacht, in Privathäuser einzudringen. Gestern abend wurden in den südlichen Stadtteilen aus Fuhrwerken, Kisten und Möbeln Barrikaden errichtet. Da Benzinflaschen geraubt wurden, offenbar in der Absicht, sie am Abend beim Abziehen der Polizei in Brand zu stecken, wurde die Feuerwehr alarmiert, die die Barrikaden beseitigte. Bei den Feuergefechten in Oberbilk hatte die Polizei keine Verluste. Im Verlaufe der Nacht wurde ein Polizeikommando in der Höhenstraße zurückgezogen, weil man einen Angriff bewaffneter Banden befürchtete und unndliches Blutergießen vermeiden wollte. Der Stand der Polizei war am Abend besonders schwer, da die Ruhestörer dazu übergingen, die Straßenbesetzung in den von ihnen besetzten Straßen auszufüllen, um in der Dunkelheit die anrückende Polizei besser angreifen zu können.

Französische Stimmungsmache über angebliche deutsche Rüstungen.

Berlin, 17. Nov. Marshall Foch behauptete in der vorgestrigen Sitzung der Völkerverkonferenz, die Bestände der Reichswehr seien größer, als es der Vertrag von Versailles erlaube. Die Herstellung von Kriegsmaterial und Munition würde seit mehreren Monaten in verstärktem Maße betrieben. Stinnes habe sogar Spezialisten unter seinen Arbeitern in der Fabrikation für Munition und Sprengstoffe aus dem Ruhrgebiet nach dem unbefetzten Deutschland geschickt. Auch Rußland stelle in Uebereinstimmung mit dem Reich Kriegsmaterial und Munition für Deutschland her. Foch erklärte zwar, daß diese angeblichen Vorlesungen zunächst nur getroffen worden seien, um im Innern des Reiches Ordnung zu schaffen, da ein Krieg Deutschlands gegenüber Frankreich im Augenblick unmöglich sei, er meinte aber, die Sorge für die Zukunft mache es notwendig, mit der Ueberwachung der deutschen Rüstungen sofort wieder zu beginnen und mit aller Energie durchzuführen. Hierzu wird uns von maßgebender Seite mitgeteilt: Es liegt auf der Hand, daß es sich hier um eine Stimmungsmache handelt, das heißt, um einen Versuch, die Vertreter der Alliierten bei der Völkerverkonferenz zu bewegen, sich bei ihren Regierungen für die Intentionen Frankreichs und eine entsprechende Abänderung ihrer Instruktionen einzusetzen. Die Versicherungen Fochs sind bezüglich der Heranziehung von Stinnesarbeitern und Rußlands für die Herstellung von Munition und Sprengstoffen Phantasmen. Im übrigen ist es lediglich eine Wiederholung der Behauptungen, die gerade in jüngster Zeit mehrfach von amtlicher deutscher Seite bestritten worden sind. Immerhin sei nochmals festgestellt, daß die Reichswehr nicht einmal die im Vertrag von Versailles vorgesehene Stärke von 100000 Mann erreicht und daß außer ihr zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern alles in allem noch etwa 150000 Mann Schutzpolizei einschließlich der Zivilpolizeibeamten in Deutschland vorhanden sind und daß die gegenwärtig in Deutschland vorhandene Munition, wie auch der interalliierten Militärkontrollkommission bekannt sein dürfte, nur für die Deckung des dringendsten Bedarfes ausreicht. Daß die Reichsregierung eifrig bestrebt ist, die illegalen Verbände militärischen Charakters, die sich bildeten, zu beseitigen, bewies sie wiederholt durch ihr Vorgehen. Uebrigens liegt es gerade an der französischen Politik, wenn sich solche illegalen Verbände zu bilden suchen, ist es doch Frankreich, das jeder deutschen Regierung durch unaufhörlichen Druck es unmöglich macht, die Lebensinteressen des deutschen Volkes wirksam zu wahren, wodurch in weiten Kreisen der Bevölkerung der Eindruck hervorgerufen wird, als nehme sich die deutsche Regierung der nationalen Interessen nicht hinreichend an und als bedürfe es viel-

mehr besonderer von der Regierung unabhängiger und zum Teil mit ihr in Widerspruch stehender Organisationen.

Zuspitzung der Lage in der Pfalz.

Enges Zusammenarbeiten der Separatisten mit den Franzosen.

Wülfrathen, 17. Nov. Die Lage in der Pfalz spitzt sich, wie die Korrespondenz Hoffmann von zuständiger Seite erfährt, immer mehr zu. Oberregierungsrat Jakob, der die Regierungsgeschäfte weiterführen sollte, wurde mittels Autos abtransportiert. Im Regierungsgebäude in Speyer werden von den Separatisten dauernd neue Leute angeworben, die von einem französischen Militärarzt auf ihre Tauglichkeit untersucht werden sollen. Man vermutet in den Anwerbungen Vorbereitungen zur Schaffung einer ausgesuchten Militärpolizeitruppe. Die französischen Delegierten in Germersheim und Neustadt erklärten, daß für sie nur noch die neue Regierung in Speyer gelte. Inzwischen wurden auch die Städte Kofel und Germersheim besetzt.

Die Separatistenbewegung.

Paris, 15. Nov. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf scheinen die Separatisten ihre Truppen aus dem nördlichen Rheinland jetzt vollkommen zurückgezogen und in Limburg a. Lahn und an der Sieg, südlich der englischen Zone, operieren zu lassen. Die Separatisten geben ihre Verluste seit Beginn der Aktion mit 8 Toten und 32 Verwundeten an. Die Verluste des Gegners beziffern sie auf 27 Tote und 260 Verwundete. (Man muß unterstreichen, daß von „Truppen“ die Rede ist, die gegen die Bestimmungen des Vertrags von Versailles von der Rheinlands-Kommission geduldet werden.)

England

und die Frage der erneuten Militärkontrolle.

London, 17. Nov. Reuter meldet von zuverlässiger Seite, daß der britische Standpunkt bezüglich der Wiederaufnahme der militärischen Kontrolle in Deutschland der sei, daß keine Forderungen gestellt werden sollten, deren Erfüllung bei den gegenwärtigen ungeordneten Zuständen in Deutschland unmöglich sei. England tritt für eine zeitweilige Zustimmung zu einer Beschränkung der militärischen Kontrolle unter der Voraussetzung ein, daß die deutsche Regierung ihre non possumus-Haltung nicht nochmals betonen wird, wenn die Alliierten die sofortige Wiederaufnahme der vollständigen Kontrolle verlangen werden. In diesem Falle würden aber, wenn die französische Politik angenommen werden sollte, drastische Sanktionen erfolgen. Die britische Regierung ist aber der Meinung, daß neue Sanktionen weniger Gewähr für die Sicherheit bringen würden als eine beschränkte Militärkontrolle.

Die Völkerverkonferenz

und die Kronprinzenfrage.

Paris, 15. Nov. Die Beratung der Völkerverkonferenz, die um 6.30 Uhr nachmittags begonnen hat, war um 7.30 Uhr noch nicht beendet. Der diplomatische Redakteur der Havasagentur glaubt zu wissen, daß der britische Völkerverkonferenz völlige Aufklärung hinsichtlich der Instruktionen gegeben hat, die er von seiner Regierung erhielt. Nach diesen Instruktionen werde England ein Votum in Deutschland zu unternehmenden Demarchen in der Frage der Rückkehr des Kronprinzen und des Kaisers ablehnen. Was die interalliierte militärische Kontrolle anbetreffe, so sei die englische Regierung gegen jede Sanktion. Sie wolle sich jedoch einer Demarche anschließen, um die Wiederaufnahme der Kontrolloperation herbeizuführen.

Eine Erklärung des ehemaligen deutschen Kaisers.

Amsterdam, 17. Nov. Die Blätter veröffentlichen eine von dem ehemaligen Kaiser abgegebene Erklärung, in der

es heißt, die Rückkehr des vormaligen Kronprinzen nach Deutschland sei ohne sein Vorwissen erfolgt. Wenn der Kronprinz ihn vorher gefragt hätte, so hätte er Einwendungen gegen die Abreise erhoben. Weiter wird in der Erklärung dementiert, daß der vormalige Kaiser mit einer Bewegung in Verbindung stehe, die die Wiederherstellung der Monarchie betreibe, ferner, daß eine drahtlose Station bestehe und daß eine Anzahl Pässe in Doorn eingetroffen sei.

Ausführung der Reparationszahlungen an England.

Berlin, 16. Nov. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung über die Ausföhrung der Bezahlung zur Erstattung der von der englischen Regierung erhobenen Reparationsabgaben.

Die sagenhafte amerikanische Anleihefrage.

Berlin, 17. Nov. Die „Vossische Zeitung“ veröffentlichte in ihrer gestrigen Abendausgabe eine Meldung der Londoner „Times“ aus Washington, wonach Präsident Coolidge im Kongreß beantragen werde, der deutschen Regierung eine Anleihe von 150 Millionen Dollar zum Ankauf von Lebensmitteln in den Vereinigten Staaten zu gewähren. Daran wurde die Bemerkung geknüpft, daß die Verteilung der Lebensmittel vollständig der deutschen Regierung überlassen werden solle, nachdem die Reichsregierung die Zusage gegeben habe, daß nicht das Geringste hiervon für die Bevölkerung des Ruhrgebiets verwendet werde. — Bei der Reichsregierung liegt, wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, eine Bestätigung der Meldung, daß ein solcher Antrag von der Regierung der Vereinigten Staaten im Kongreß gestellt werden soll, noch nicht vor. Die Schlußbemerkung der Meldung muß auf einem Mißverständnis oder einer Telegrammverstümmelung beruhen, denn es ist weder von der amerikanischen Regierung eine Zusage in diesem Sinne von der Reichsregierung verlangt, noch von dieser eine solche Zusage gegeben worden.

Die Krisis im Innern.

Die Beratungen der Parteien.

Berlin, 17. Nov. Die Lösung der politischen Schwierigkeiten vor der Regierungskrise ist gestern durch die Verhandlungen unter den Parteien nicht wesentlich der Entscheidung näher gebracht worden. Es hängt alles noch in der Schwebe und vom Verlauf der für heute angelegten Beratungen des 15er-Ausschusses des rheinischen Provinziallandtages mit der Reichsregierung über die Behandlung der Rheinlandfrage, sowie der Entscheidungen im Ausschusse des Reichstages am Montag in dieser Angelegenheit ab. Eine gewisse Entspannung ist nur insofern erreicht worden, als die Mißverständnisse über die Einstellung des neuen Innenministers Dr. J a r r e s zur Rheinlandfrage dahin aufgeklärt sind, daß Herr Jarres nicht die Politik vertritt, die das Rheinland vorläufig sich selbst überlassen will. Beruhigung ist auch dadurch geschaffen worden, daß die Fortdauer der Unterstützung der Erwerbslosen des besetzten Gebietes aus der Reichskasse für die nächste Zeit noch von der Reichsregierung zugesagt werden kann. Von den Fraktionen des Reichstages hielt gestern nur die demokratische Partei eine Fraktionsitzung ab, in der sie die vorgestern abgebrochene Erörterung über die Rheinlandfrage fortsetzte. Die Fraktion setzte sich entschieden für die Weitergewährung von Reichsmitteln für die besetzten Gebiete ein. Um die Mittagszeit unterbrach die Fraktion ihre Sitzung und es fand zwischen ihren Führern und denen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei ein weiterer Meinungsaustausch statt über die schwebenden Fragen. Zentrum und Demokraten befürworteten in dieser Besprechung die Auffassung, daß trag mancher Bedenken wegen der in der Rheinlandfrage bisher verfolgte Politik eine Veränderung in der Zusammensetzung der Regierung während der heutigen überaus schwierigen innen- und außenpolitischen Lage Deutschlands unangebracht sei. Damit erledigen sich die Gerüchte, die gestern aufgetaucht waren und von Rücktrittsabsichten demokratischer Minister wissen wollten. Am Nachmittag setzte die demokratische Fraktion die Beratungen fort und nahm den Bericht des Abgeordneten Koch-Weser über die Verhandlungen entgegen, die er vorgestern abend mit dem Reichskanzler und gestern mit den Führern des Zentrums und der Deutschen Volkspartei gehabt hatte. Es besteht in der Fraktion aber auch Meinungsverschiedenheiten in der Beurteilung der Lage, ebenso wie in den anderen Parteien, doch ist eine gewisse Klärung bezüglich der Rheinlandfrage bereits erfolgt. Entscheidende Beschlüsse sind allerdings von der Fraktion nicht gefaßt worden. Sie wird ihre Beratungen am Montag fortsetzen. Die drei Regierungsparteien setzten sich miteinander in Föhlung. — In den Wandelgängen des Reichstages wurde gestern von der Möglichkeit einer Abschwächung in der Haltung der Sozialdemokraten gegenüber der Reichsregierung gesprochen. Aus Kreisen der Partei wird uns aber versichert, daß für diese kein Anlaß vorliege, ihre Haltung zu ändern. Der Vizepräsident des Reichstages, das Mitglied der Deutschen Volkspartei Dr. K i e h e r, feiert heute seinen 70. Geburtstag.

Die Koalitionsparteien wünschen keine Regierungskrise.

Berlin, 17. Nov. Der „Vossischen Zeitung“ zufolge haben gestern die Fraktionsführer der deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten eine Besprechung ab-

gehalten, in der zum Ausdruck kam, daß die drei Koalitionsparteien der Reichsregierung keine Schwierigkeiten machen und eine Koalitionskrise vermieden sehen wollen. Die Sozialdemokraten und das Zentrum haben für Montag Fraktionsitzungen einberufen, während die deutsche Volkspartei auf Sonntag im Anschluß an die Sitzung ihres Zentralvorstandes eine Fraktionsitzung angesetzt hat.

Der Staatsgerichtshof und der Hitlerputsch.

Berlin, 17. Nov. Wie die „Vossische Zeitung“ aus Leipzig meldet, beschäftigt sich der Oberreichsanwalt mit dem Münchner Ludendorff-Hitler-Putsch. Der Staatsgerichtshof werde seine Zuständigkeit mit allem Hochdruck geltend machen und zwar auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. 6. 22, das in § 13 ganz allgemein den Hochverrat als zur Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs gehörig erkläre.

Empfang der Beamtenorganisationen durch den Reichskanzler.

Berlin, 15. Nov. Auf Veranlassung der Beamtenpiketenorganisationen fand heute ein Empfang der Vertreter der deutschen Beamenschaft durch den Reichskanzler statt. Beteiligt waren der Deutsche Beamtenbund, der Allgem. Beamtenbund, der Gesamtverband Deutscher Beamten und Staatsangestelltergewerkschaften, der Gewerkschaftsring u. der Reichsbund der höheren Beamten. Der Sprecher der Organisationen wies auf die tiefgehende Erregung in weitesten Kreisen der Beamenschaft hin und behandelte in ausführlichen Darlegungen die Fragen der Beamtenbesoldung, der Arbeitszeit und des Beamtenabbaues. Bezüglich der Beamtenbesoldung wandte er sich gegen die Gefahren eines weiteren Absinkens des Realeinkommens. Für die Arbeitszeit der Beamten wünschte er grundsätzlich die Aufrechterhaltung des Achtstundentages, wie er von der gesamten Arbeiterschaft gefordert werde. Er sprach sich ferner gegen die durch die Personalabbauverordnung eingetretene Beschränkung der Rechte der Beamenschaft aus und wies insbesondere auf die Frage des Beamtenrätengesetzes hin, sowie auf die verzweifelte Lage der Beamten des besetzten Gebietes. — Der Reichskanzler behandelte in ausführlichen Darlegungen die politische Gesamtlage und drückte in bestimmter Weise die Absicht der Reichsregierung aus, an den Grundlagen des Berufsbeamtentums nicht rütteln zu lassen, das er für die letzte starke Klammer für ein Zusammenhalten des Deutschen Reiches bezeichnete. Er rechtfertigte die getroffenen Regierungsmaßnahmen mit dem Hinweis auf die trostlose Finanzlage des Reiches. — Die Beamtenorganisationen werden, wie wir hören, nunmehr zu der durch den Verlauf der Besprechung geschaffenen Lage Stellung nehmen.

Die Berliner Streikbewegung.

Berlin, 16. Nov. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, haben die Berliner Ortsvorstände der graphischen Organisationen beschlossen, den Abbruch des Streiks im Berliner Buchdruckgewerbe zu empfehlen. Die Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission von Berlin und des IFA-Ortsartells beschloß gestern mit dem Eingreifen der Militärbehörden in den Buchdruckerstreik. Von den Kommunisten wurde die Proklamierung des Generalstreiks als Protest gegen die Verhaftung der Buchdruckerführer gefordert. Der kommunistische Antrag wurde nach einer längeren Debatte gegen eine starke Minderheit abgelehnt. Von den insolge des Buchdruckerstreiks mehrere Tage nicht erschienenen Berliner Blätter ist der „Berliner Lokalanzeiger“ heute morgen wieder erschienen.

Berlin, 16. Nov. Vorgestern war die gesamte Arbeiterschaft der Groß-Berliner Mühlen wegen Lohnhöhenunterschieden in den Streik getreten. Da durch die Stilllegung der Berliner Mühlen eine Gefährdung der Brotversorgung der Stadt zu befürchten war, unternahm der Magistrat Schritte zu Einigungsverhandlungen beim Reichsarbeitsminister. Als diese Besprechungen gestern mittag beginnen sollten, erschien ein Offizier des Wehrkreis-Kommandos und ließ die 10 Vertreter der Streikenden auf Grund des Verbots des Streiks in lebenswichtigen Betrieben in Haft nehmen. Die Verhandlungen nahmen trotzdem ihren Anfang und zwar unter Ueberwachung der verhafteten Arbeitervertreter durch Kriminalbeamte. Sie führten zu einer Einigung über die Lohnhöhenunterschieden. Der Streik wurde für aufgehoben erklärt und die Mitglieder der Lohnkommission wurden aus der Haft entlassen.

Bayern.

München, 17. Nov. Durch Anordnung des Generalkommissars wird die Ablieferungspflicht für Kartoffeln seitens der Landwirte verschärft. Es müssen jetzt alle Landwirte Kartoffeln abliefern, die mindestens eine Kartoffelandaufschläge von 1 Tagwerk bestellt haben.

München, 17. Nov. Der Generalkommissar hat strenge Strafen angedroht für den Fall der Herstellung, der Plakatierung und Verbreitung von Flugblättern, Aufzügen und Plakaten, die sich mit den letzten politischen Vorgängen befassen und von nichtamtlichen Stellen stammen. Auch Beschimpfungen der Staatsgewalt werden mit strengen Strafen geahndet.

Ausland.

Die Politik der englischen Arbeiterpartei.

London, 14. Nov. Der Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei, der am Donnerstag im Unterhaus zur Erörterung gelangt, drückt u. a. das Bedauern darüber aus, daß die Regierung nicht imstande gewesen sei, eine nationale Politik zu verfolgen, die geeignet gewesen wäre, den Einfluß des Landes nach außen wieder zur Geltung zu bringen und den internationalen Frieden und Handel wiederherzustellen. Ferner wird ein Wahlkampf über den unbekanntem Schutzzollplan und über Reichsvorzugsbehandlung propagiert, der dazu führen müßte, die Kosten des Gegenbedarfs zu erhöhen und antisoziale Schutzzollkombinationen ins Leben zu rufen.

Der Prozeß gegen die Mörder des russischen Vertreters in Lausanne.

Lausanne, 15. Nov. Der Verteidiger Pullinis, Dr. Aubert, beendete heute mittag sein stündiges Plaidoyer, nachdem er vor allem an Hand von Zeitungsberichten und Broschüren ein krasses Bild der russischen Hungersnot, der Herrschaft der Tschita, der bolschewistischen Spionage und des Kampfes gegen die Kirche in Rußland entworfen hatte. Es folgte die Freisprechung Pullinis, der, wie auch Conradi erklärte, als Rechtswollstrecker gehandelt habe, als er einen verantwortlichen Vertreter des Sowjetregimes beiseitigte. Nicht Pullinin sei schuldig, sondern Lenins rechte Hand, der Pullinin schon dadurch provoziert habe, daß er nach Lausanne gekommen sei. Im Verlauf seines Plaidoyers billigte Aubert auch in lebhaften Wendungen die früheren Attentate gegen die Sowjets, vor allem gegen Lenin. Am Schluß der Sitzung entstand ein lebhafter Zwischenfall. Der kommunistische Anwalt Dr. Weltin, der Vertreter der Witwe Worowskis, unterbrach Aubert und es kam zu einem kurzen Wortwechsel, worauf der Gerichtspräsident Dr. Weltin durch zwei Polizisten aus dem Saal entfernen ließ.

Freispruch der Mörder.

Lausanne, 17. Nov. Die Mörder Worowskis, Conradi und Polinon, wurden gestern nach zweistündiger Beratung von den Geschworenen freigesprochen. Die Geschworenen bejahten einstimmig die Frage, ob Conradi Worowski ermordet habe und Polinon ihm dabei geholfen habe. Sie bejahten ebenfalls mit 5 gegen 4 Stimmen die Frage, ob Conradi und Polinon schuldig seien. Da aber nach der Prozeßordnung des Kantons Waadt 6 Stimmen von 9 zur Beurteilung notwendig waren, mußte der Gerichtshof den Freispruch verkünden. Auf die Frage, ob Conradi der Körperverletzung an Ahrens und Devilkowki schuldig sei, wurde einstimmig die Schuldfrage, aber auch hier nur mit fünf gegen vier Stimmen bejaht. Beide Angeklagte wurden zur Tragung der Prozeßkosten verurteilt. Vor dem Urteilspruch forderte der Staatsanwalt nachdrücklich die Beurteilung. Er erklärte, daß es nicht Sache der Geschworenen sei, den Bolschewismus zu verurteilen und daß das von der Verteidigung vorgebrachte Anlagematerial gegen den Bolschewismus einseitig und nicht zuverlässig sei. Der Staatsanwalt stellte nach der Verkündung des Urteils der Geschworenen fest, daß die absolute Mehrheit der Geschworenen seiner Ansicht zugestimmt habe, wenn auch die zur Beurteilung notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht worden sei.

Der Bürgerkrieg in Griechenland.

Paris, 15. Nov. Nach einer Havasmeldung aus Athen hat der Kriegsrat von Eleusie vier aufständische Offiziere verurteilt und zwar wurde folgendes Urteil gesprochen: Die Generale Leonardopulos und Gorgaliss, sowie die Majore Morambos und Nicolareas sind zum Tode verurteilt worden. Zahlreiche höhere Offiziere erhielten lebenslängliche oder sehr lange Gefängnisstrafen.

Deutschland.

Rentenmarkkredite nur auf wertbeständiger Basis.

Berlin, 17. Nov. Laut „Vorwärts“ haben gestern zwischen dem Vorstand der Rentenbank und der Industrie Verhandlungen stattgefunden, bei denen vor allem die Frage der Gewährung von Rentenmarkkrediten an die Industrie erörtert wurde. Zu einem Abschluß der Verhandlungen ist es noch nicht gekommen. Dem Blatt zufolge steht jedoch jetzt schon fest, daß die Rentenmarkkredite an die Industrie nur auf wertbeständiger Grundlage gewährt werden sollen. Wie das Blatt weiter mitteilt, wird die Reichsbank die 50 Millionen Rentenmark, die ihr von der Reichsregierung zur Einlösung von Schatzanweisungen überlassen worden sind, sofort durch Umtausch gegen Papiermark in den Verkehr bringen und zwar sollen vorläufig ausschließlich der Lebensmittelhandel berücksichtigt werden.

Der frühere Reichskanzler Wirth schwer erkrankt.

Berlin, 17. Nov. Der frühere Reichskanzler Dr. W i r t h ist gestern morgen an einem Herzleiden plötzlich schwer erkrankt. Auf seinen Wunsch wurde er mit den Sterbesakramenten versehen. — Die „Germania“ meldet, im Laufe des gestrigen Tages sei eine leichte Besserung eingetreten, sodas zu hoffen sei, daß die starke Natur Wirths die Krankheit bald überwinden werde.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 17. November 1923.

Vom Aufrechtstehen.

Stehen bleiben! Wenn alles um dich zusammensinkt, und du möchtest verzweifelt mitsinken. Die Welt bleibt aufrecht, so lange du dir selber nicht zu weichen erlaubst. So wirst du zum Helden und zum Trostgebete für viele.

Ruhe halten! Wenn dich ein Tag in den andern hegt, wenn die Sorgen wie Nebenschwärme auf dich herabkriechen. Brauch Waffen, brauche Glieder — aber dein Innerstes halte frei vom Wirbel.

An den Menschen, der Gebot ist, traut sich kein Schicksal heran.
Georg Stammler.

Die Ehrengaben des Staatspräsidenten.

Die Ehrengabe zur Feier der goldenen Hochzeit für Unbemittelte und die Ehrengabe aus Anlaß der Geburt des siebten Sohnes ist je auf drei Viertel Goldmark festgesetzt worden.

Bild- und Zeichenausstellung in der Mittelschule.

(Geöffnet: Donnerstag bis Sonntag nachm. 1—4 Uhr.)

Obgleich die Bildsammlung mit ihren etwa 100 verschiedenen Arten dem Besucher der Ausstellung reichlich viel Interesse abnötigt, so dürfte er doch für die an Objekten nicht weniger reiche Zeichenausstellung noch einige Aufmerksamkeit übrig haben. Die von Kinderhand „geschmückten Wände“ zeigen zunächst eine große Anzahl der verschiedenartigsten Muster, meist in Farbe. Die praktische Abzweckung dieser Zeichnungen für Mädchen der Oberklasse fällt ohne weiteres ins Auge. Daß die Kinder jeweils ihren eigenen „Geschmack“ haben, über den sich manchmal streiten ließe, zeigen die mehr oder weniger gelungenen Versuche, eine harmonische Farbensättigung zustande zu bringen. Dient das Musterzeichnen mit seinem reichen Linienspiel einem mehr dekorativen Zweck, so läßt die Darstellung von Blumen u. Blättern dem eigenen Schaffen des Kindes mehr Raum. Bei diesem „Zeichnen nach der Natur“ ist es keineswegs Absicht, die Gegenstände „streng objektiv“ darzustellen. Das mechanische Nachzeichnen (Kopieren) der Natur führt auf den Abweg der hohen Technik und ist eine Qual für die Kinder. Jeder Gegenstand soll in seinem Aufbau begriffen und das Wesentliche an ihm nach Form und Farbe herausgearbeitet werden. Hier handelt es sich im Grunde nicht um objektive, sondern um subjektive Darstellung. Früchte aller Art, sowie das formen- und farbenreiche Geschlecht der Pilze bieten reiche Gelegenheit zur Betätigung der Darstellungskraft der Schüler. Den meisten Zeichnungen dieser Art dürfte man abfühlen, daß die Kinder mit Lust und Liebe ihre „Werke“ geschaffen haben. Schließlich zeigen Darstellungen von edigen und runden Körpern aus dem alltäglichen Vorstellungskreis des Kindes die Übung von Aufgaben, bei denen neben Form und Farbe die Perspektive und Licht- und Schattengebung die Hauptaufgabe bilden.

Die Ausstellung dürfte zeigen, daß die Fähigkeit zu künstlerischer Betätigung, wenn diese auch nur auf primitiver Stufe

geschieht, in der allgemeinen Veranlagung der menschlichen Natur beruht und demgemäß entwickelt und gebildet werden kann. Sie ist nicht ein Vorrecht einzelner bevorzugter Geister.
Mittelschullehrer Weß.

Beamtenabbau und Staatsvereinfachung.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Staatsministerium hat am 14. November beschlossen, sofort eine Kommission aufzustellen, welche in Anwendung von Art. 18 der Personalabbau-Verordnung des Reichs vom 27. Oktober 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 999) Vorschläge über die durch den Währungszerfall zusammenbruch und die daraus entsprungene völlige Zerrüttung des Gleichgewichts im Staatshaushalt unaufschiebbar gewordene Staatsvereinfachung mit Beamtenabbau zu machen hat. Die Vorschläge der Kommission haben sich nicht nur auf den Abbau des am 1. Oktober 1923 vorhandenen Beamten- und Lehrkörpers, sondern namentlich auch auf Vorschläge hinsichtlich der künftigen Beschränkung der Staatsaufgaben durch gesetzliche und andere Maßnahmen zu erstrecken. Auch die Gemeindeverwaltung und mit Rücksicht darauf, daß zugleich eine Verkürzung der Staatsleistungen an die Kirchen unumgänglich notwendig ist, die Kirchenverwaltungen sollen in den Aufgabenkreis einbezogen werden. Die Vorschläge der Kommission, die mit größter Beschleunigung fertig zu stellen sind, gehen zunächst an das Finanzministerium und sollen von dort mit dem Antrag des Finanzministers dem Staatsministerium vorgelegt werden. Als Mitglieder der Kommission sind bestimmt worden: Staatsrat Dr. Hegelmaier als Vorsitzender, Ministerialdirektor Dr. Redl und Ministerialrat Müller, als Schriftführer Oberrechnungsrat Schwenninger. Die Kommission ist ermächtigt, zur Bearbeitung der Vereinfachung im Gebiet der einzelnen Ministerien eine Anzahl besonders benannter Beamten der Ministerien beizuziehen. Die Kommission hat unverzüglich zusammenzutreten und ihren Geschäftsgang selbst zu regeln. Zugleich hat das Staatsministerium mit Wirkung vom 6. November 1923 ab als erste Folge aus den Abbaumaßnahmen beschlossen: 1. Daß alle Arbeiten zur Vervollständigung der Befehlsordnung und zum Personalnachtragsplan bis auf weiteres ausgesetzt bleiben. 2. Daß Beamte bis auf weiteres nicht mehr in den Staatsdienst eingestellt werden dürfen. Ausnahmen hiervon sind nur im Falle eines dringenden dienstlichen Bedürfnisses mit Genehmigung des Finanzministeriums zulässig. Als Einstellungsstelle an außerplanmäßige oder kommissarisch beschäftigte Beamte. Eine allgemeine Verfügung über Beförderungen ist noch vorbehalten.

Anwerbung deutscher Qualitätsarbeiter durch eine ungarische Schwindelfirma.

Die Firma Gebr. Steiner in Budapest hat, wie anlässlich eines Einzelfalles bekannt wurde, in Deutschland verschiedentlich, u. a. in Forzheim, Qualitätsarbeiter angeworben und unter schwindelhaften Versprechungen nach Budapest zu locken gewußt. Mehr-

fach sind solche Arbeiter von der Firma eine zeitlang in der rücksichtslosesten Weise ausgenutzt und dann nach allen möglichen ungerechtfertigten Abzügen und ohne Geld zur Rückreise fast mittellos auf die Straße gesetzt worden. Es muß vor solchen Anwerbungen dringend gewarnt werden.

Weitere Opfer des Eisenbahnunglücks.

(Stuttg.) Stuttgart, 15. Nov. Im Laufe der vergangenen Nacht sind von den Schwerverletzten des Eisenbahnunglücks drei weitere gestorben, so daß sich die Zahl der Toten auf 10 erhöht. Berichtigend wird mitgeteilt, daß die Wagen nicht verbrannten.

(Stuttg.) Stuttgart, 16. Nov. Anlässlich des Cannstatter Eisenbahnunglücks hat die Firma Hauelsen u. Co. in Cannstatt den Betrag von 240 Dollar als Spende für die Berunglückten der Reichsbahndirektion überreicht.

Hilferuf der württembergischen Ärzte an die Landwirte.

(Stuttg.) Stuttgart, 15. Nov. In den weitesten Kreisen unseres Volkes, besonders in der städt. Bevölkerung, herrscht bittere Not, und drohend steht bei Vielen der Hunger mit allen seinen Folgen vor der Tür. Zahlreiche lebenswichtige Nahrungsmittel stehen nicht in genügender Menge zur Verfügung, selbst wo die Mittel zu ihrem Ankauf vorhanden sind. Dies gilt besonders für die Milch. In Stuttgart ist die tägliche Anlieferung auf unter 15 000 Liter gesunken, während sie vor Kriegsbeginn 150 000 Liter und noch im Juli ds. Js. 45 000 Liter betrug. Das hat zur Folge, daß die Säuglinge kaum noch ¼ Liter Milch am Tag erhalten, während die über 2 Jahre alten Kinder überhaupt keine Milch mehr bekommen können und mit schwarzem Kaffee, Suppe, Kartoffeln und Brot ernährt werden müssen! Selbst Schwerkranken kann die dringend notwendige, vom Lebensmittelamt genehmigte Milch nicht geliefert werden. Nicht besser geht es den alten Leuten. Ähnlich wie in Stuttgart steht es in zahlreichen anderen Orten. Angeichts dieser traurigen Lage richten die Ärzte Württembergs die dringende Bitte an alle Landwirte, im Interesse der Volksgesundheit ihre Erzeugnisse doch in genügender Menge auf den Markt zu bringen, insbesondere wenigstens 1 Liter Milch pro Kuh und Tag den Sammelstellen gegen entsprechende Bezahlung abzuliefern, wodurch der dringende Bedarf einigermaßen gedeckt werden könnte. Mögen doch alle bedenken, daß es um die gesundheitliche Zukunft unseres Volkes und besonders unserer Jugend geht, für deren Sicherung jeder Opfer zu bringen bereit sein muß!

(Stuttg.) Schwenningen, 16. Nov. Der dritte Tag der Anwesenheit der Schutzpolizei ist ohne weitere Zwischenfälle verlaufen. Obwohl zunächst die Bemühungen der Stadtverwaltung, durch Verhandlungen mit dem Führer und dem vom Ministerium des Innern entsandten Polizeioberst Ruf, die Schupo zum Abzug zu veranlassen, keinen Erfolg hatten, ist es nun doch erreicht worden, daß abends ein Teil der Mannschaften abrückte. Auch seitens der Gewerkschaften ist mit dem die Truppe befehlenden Polizeimajor über den Abzug verhandelt worden. Ebenso ist abends der Straßen- und Wirtschaftsverkehr wieder bis ½ 11

Das Auge des Buddha.

Roman von Friedrich Jacobsen.

Die Zigeunerin schüttelte den Kopf.

„Er sollte dich nur jetzt sehen, in deiner ganzen Schönheit, dann würden seine Augen anders sein. Und dann noch eins, Kindchen: Du selbst denkst Tag und Nacht an ihn — glaube mir, das ist so gut wie ein Liebeszauber.“

„Ach,“ sagte Judica, „wenn das wäre, dann gäbe es keine unglücklichen Mädchen auf der Welt!“

Sie schwiegen eine Weile und horchten in die Nacht; draußen schlug irgendwo eine Turmuhr.

„Mitternacht,“ murmelte die Alte, „jetzt ist es die rechte Zeit. Soll ich die Karten befragen?“

„Die wissen auch nichts.“

„Mehr als du denkst, Kind — selbst die Linien der Hand sind nicht so zuverlässig wie die sechsunddreißig Blätter, aber man muß es verstehen, darin zu lesen. Weißt du noch, als ich dir den Carreau-König legte? Acht Tage später kam Signor Morelli und machte dir sein Angebot.“

Judica hatte sich vor den Ofen gesetzt und wärmte die Hände.

„Das war auch was Rechtes. Damals griff ich natürlich zu, um aus der Misere herauszukommen, aber nun sehe ich seit zwei Jahren in diesem ledernen Schiff und sehe, wie eine Ratte nach der anderen abschwimmt. Ich bin jetzt zwanzig Jahre alt, Salome — wie lange dauert es denn, bis unsereins über die Höhe ist? Am Trapez noch fünf, im Sattel vielleicht zehn.“

„Und bis dahin kommt der Nabob, Kindchen.“

„Ja, wenn du mir den zeigen könntest! Wo wir einen gerne haben, will er uns nicht, schließlich müssen wir mit einem unabhängigen Handel vorlieb nehmen. Leg mir den Treffkönig, das ist ja wohl der Mann mit dem großen Geldsack.“

Die Zigeunerin hatte schon das Kartenspiel genommen und mischte die Blätter zwischen ihren dünnen Fingern. Das geschah so blitzschnell, daß Judicas misstrauische Augen nicht folgen konnten, und dann lag das ganze Spiel in vier Reihen ausgebreitet unter der Lampe.

Salome beugte sich darüber.

„Also hier: die Coeur-Dame, das bist du.“

„Weißt du denn so gewiß, daß ich ein Herz habe?“

„Unfinn, stör' mich nicht; wenn ein Mädchen sich die Karten legen läßt, ist immer das Herz dabei. Ja — hm — der Treffkönig liegt gar nicht weit davon, aber hier ist etwas dazwischen, das verstehe ich noch nicht ganz.“

„Was denn?“

„Der Pique-Bube.“

„Pfui, der schwarze Peter?“

„Unglück bedeutet er immer. Aber gibt es denn auf der ganzen Welt einen Mann, der dich hassen könnte?“

„Es gibt einen, der mich liebt, und den ich fürchte,“ sagte Judica nachdenklich. „Luis Sanchez hat mir seine blutige Hand angeboten, und ich wies ihn ab.“

„Das ist schlimm, Kindchen. Ich kenne ihn, er hat ein rachsüchtiges Gemüt.“

„Die Sulamith kennt ihn vielleicht noch besser. Aber so lange er keine Macht über mich hat, ist er mir auch nicht gefährlich. Der andere freilich —“

„Wessen?“

„Ja, Gestern unterhielt ich mich freundschaftlich mit ihm, wie das unter Kollegen natürlich ist, und da ging Luis vorüber. Hast du schon einmal gesehen, wie die Sulamith sich zusammenkauert, bevor sie anspringen-will? Ich meine das Auge —“

Sie blickten auf die Uhr, die schon dicht vor Eins stand, und Judica begann sich zu entkleiden.

„Schlafen, das ist das Beste bei solchen Gedanken; schlafen, solange es Nacht ist. Und tagsüber die Augen offen halten — ich sage dir, Salome, unter den Zirkusleuten, die man immer als harmlos bezeichnet, spielen sich mitunter Dramen ab; man könnte zehn Vorstadttheater damit ausrüsten.“

Nach jeder Vorstellung pflegte sich ein Teil der Künstler in dem kleinen Restaurant zu versammeln, das dem Zirkus angebaut und in erster Linie für die Bedürfnisse des Publikums bestimmt war. Mitunter fanden sich auch einige Kunstfreunde hinzu, meistens aber blieben die Mitglieder unter sich, und heute waren es ihrer nur zwei. Luis Sanchez und Zwan Kasanoff.

Der Wändiger und der Alhbet waren bis zu einem gewissen Grade miteinander befreundet; setzten doch beide ihre gesunden Glieder aufs Spiel, aber eine besondere Neigung verband sie nicht, es konnte sogar keiner die Vergangenheit des anderen;

heute bei einem heißen Getränk, dem der Russe besonders huldigte, brach indessen auch das letzte Eis.

„Ich will verdammt sein, Luis,“ sagte Zwan und legte seine riesige Faust schwer auf den Tisch — „ich will Granaten aufknaden wie Rüsse, wenn mir das mit Ihrer Vorliebe für Bestien klar ist. Kreuzmilionendonnerwetter, Sie sind ein Kerl, dem die Weiber nachlaufen wie die Kage dem Baldrian; ich sehe es jeden Abend, wenn meine Arbeit getan ist und Ihre anfängt. Sie sollten der Sulamith aussagen und ein Rittergut heiraten. Wieviel Kojabriefe kriegen Sie jeden Abend nach der Vorstellung?“

Der Spanier lächelte.

„Nenige, Zwan — vielleicht weniger als Sie. Mitunter schreibt so'n hysterisches Frauenzimmer — aber Rittergüter hat keine zu vergeben. Mit meiner Vorliebe für die Bestie hat das eine besonderes Bewandnis; bevor ich das Handwerk anfang, wollte sie mich fressen, und nun drehe ich den Spieß um.“

„Wo war das, wenn ich fragen darf?“

„In Amerika.“

„Da bin ich noch nicht gewesen,“ bemerkte der Alhbet und schüttelte ein Glas Wutkin in die Höhe, „aber ich habe mir sagen lassen, daß man in Amerika nur vom Dollar aufgefressen wird — wenn man nämlich selbst keine hat.“

„Nicht überall,“ entgegnete Sanchez. „Ich war im fernen Westen, wo der Dollar noch Herrschaft hat, und ... den Grislybär.“

„Der soll ja mang den Tieren sein, was unsereins unter den Menschen — so'n Viehkerl. Taten Sie das aus Liebe zur Sache, Luis?“

„Zuerst aus Not. Ich war hinübergegangen, um mein Glück zu machen — natürlich, dumm wie alle Greenhorns. Ich kam unter den Schlitten, kaufte mir für die letzten Dollars einen Hinterlader und zog ins Felsengebirge. Eingebraut hat es mir nicht viel, denn das Fell des Grisly ist zwar was wert und die Prämie kommt auch hinzu, aber die Vießer sind nicht mehr so zahlreich wie früher. Dennoch traf ich genug von der Sorte, um mich endlich in sie zu verlieben. Oder vielmehr: Einer verliebte sich so heiß in meine Person, daß er mich in die Arme nahm.“

„Schnurrig,“ sagte der Riese — „ich hätte ihn erdrückt.“

(Fortsetzung folgt.)

Wir freigegeben worden. Die Gewerkschaften hatten im Laufe des Tages einen Aufruf verbreitet mit dem Inhalt, die Straße zu meiden, zu Hause zu bleiben und Ansammlungen unter allen Umständen zu vermeiden. Dieser Aufforderung trug die Arbeiterschaft Rechnung, so daß der Straßenverkehr nur gering war und Meisterei vermieden wurden. Der Aufforderung der Gewerkschaften, die Arbeit wieder aufzunehmen, wurde dagegen nur teilweise Folge geleistet.

(S.C.B.) Eningen u. A., 16. Nov. Eine reiche Spende des Gutsbesizers Otto Jäger vom Lindenhof, bestehend in 15 Ztr. Frucht, 20 Ztr. Kartoffeln und 10 Pfund Fleisch im Wert von vielen Billionen Mark, ermöglichte es der Gemeinde, über 70 bedürftige Familien mit Lebensmitteln zu beschenken. Auch die Studentenhilfe erhielt über 20 Ztr. Kartoffeln.

(S.C.B.) Herlikofen M. Gmünd, 16. Nov. Im Gut des Georg Fausser steht ein Birnbaum in schönster weißer Blütenpracht. Eine Seltenheit und Folge des milden Novembers!

(S.C.B.) Mm, 16. Nov. Gestern ließ sich ein Herr von auswärts vom Zug der Stuttgarter Linie überfahren. Was den Mann in den Tod getrieben hat, ist unbekannt.

Bestellen Sie das Calwer Tagblatt!

Die Zahlung für III. November-Viertel ist am 16./17. November den Gehaltsempfängern überwiesen worden.

Staatsrentamt Hirsau.

Verhältniszahl vom Steuerabzug.

Die Verhältniszahl für Ermäßigungen beträgt ab 18. November wie bisher 300 000.

Hirsau, den 16. November 1923.

Finanzamt: Voelker.

Stadtgemeinde Calw.

Vergebung von Flaschner- und Dachdeckerarbeiten.

Für den hiesigen Schulhausneubau sind auf diesem Wege die

gesamten Flaschner- und Dachdeckerarbeiten

zu vergeben. Zeichnungen und Unterlagen liegen auf dem Stadtbauamt zur Einsicht auf.

Angebote sind bis spätestens 21. ds. Mts., nachmittags 6 Uhr daselbst einzureichen.

Stadtbauamt: Schöffle.

Calw, den 16. November 1923.

Todesanzeige.

In tiefer Trauer teilen wir mit, daß unsere liebe Mutter und Großmutter

Friederike Mesle Wm.

geb. Samwald

unerwartet rasch im Alter von 70 Jahren verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Sonntag Mittag 1/3 Uhr.

Mädchen

im Alter von ungefähr 18 Jahren, für kleinen, besseren Haushalt (Direktorsfamilie) in Kurort, Nähe Liebenzell gesucht.

Leichte Stelle bei guter Verdienstmöglichkeit. Angebote unter L. S. 270 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Bandsägen

in Holzuntergestell, mit Kugelagerung, für Landwirte und Kleingewerbetreibende unentbehrlich, laufend lieferbar.

Friedrich Huber,
Maschinenbau,
Unterreichenbach

D. A. Calw. Fernspr. 17.

Klavier- und Harmoniumstimmer kommt nach Calw und Umgegend. Aufträge für denselben wolle man auf der Geschäftsstelle des Blattes oder bei uns selbst niederlegen.

Willy Sattler, Pforzheim,

Gellertstraße 18. Fernsprecher 1210 und 7821.

Ostertag-Rassenschränke

kurzfristig lieferbar

Georg Köbele, Nagold, Fernspr. 126.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(S.C.B.) Stuttgart, 16. Nov. Die gegenwärtige Geldknappheit wirkte auf den Verkehr sehr lähmend. Die Kurse konnten sich ungefähr behaupten, und das Geschäft bewegte sich in sehr engen Grenzen. Die Haltung im Fremverkehr war geteilt.

Es notierten:	Eßlingen	- 0,4 (6)
in Billionen Prozent:	Hesler	- 1,1 (5,9)
W. Hypotheken	Beltingarten	+ 3 (12)
W. Noten	RELL.	- 0,5 (4,5)
W. Vereinsbank	Württ. Metall	+ 12 (46)
Von Branereien:	Von den übrigen Werten:	
Reitener-Livoli	Bad. Anilin	- 2 (23)
Pfauen	Bamberger Mälz.	+ 3 (6)
Württ. Hohenz.	Vesigheimer Del	+ 10 (35)
Wulle	Cement Heidelberg	+ 6 (16)
Von Textilwerten:	Kaiser Otto	+ 0,5 (8,5)
Bietenheim	Knopf	- 0,5 (4,5)
Kolb & Schühle	Koch	- 5 (15)
Kottern	Röln-Rottweil	- 2,5 (12,5)
Württ. Leinen	Leibbrand	+ 0,4 (2,6)
Von Maschinen- u. Metallwerten:	Krumm	+ 0,5 (4)
Daimler	Lack Ludwigsburg	+ 1 (6)
Hanja	Neckarmerke Eßlingen	+ 0,5 (5,5)
Sungshans	Salz Heilbronn	- 30 (70)
Koch	Stuttg. Bäcker	+ 1 (10)
Laupheimer Werkzeug	Union D. Verlag	+ 1,5 (7,5)
Magirus	Württ. Elektr.	+ 1,5 (9)

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.

1 Dollar	2 526,3	Ma.
1 Goldmark	601,5	Ma.
1 Schweiz. Franken	445,11	Ma.
1 franz. Franken	138,345	Ma.
1 holl. Gulden	952,375	Ma.
Reichsindex für Lebenshaltung	218,5	Ma.
Goldumrechnungssatz für Steuern	600	Ma.

Märkte.

(S.C.B.) Calw, 16. Nov. Dem Vieh- und Schweine markt waren 47 Stück Rindvieh, 25 Läufer- und 161 Milchschweine zugeführt. Für Rülhe wurden 330, für Rinder 160-350 Goldmark bezahlt, für Läufer 40-110, für Milchschweine 15 bis 40 Goldmark.

(S.C.B.) Mm, 16. Nov. (Schlachtviehmarkt.) Es notierten: Ochsen II. 50-60 Goldpfennig, Rülhe I. 45-54, II. 35 bis 45, III. 30-35; Rinder 60-65, II. 55-60, Rälber I. 69 bis 70, II. 62-67, III. 50-60, Schweine I. 106-110, II. 100 bis 106, III. 90-100 Goldpfennig.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Hof- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schöffle.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Calw. Druck und Verlag der A. Oeschelger'schen Buchdruckerei, Calw.

Sie schädigen sich selbst

wenn Sie sich eine Zeitung halten, die nicht in der Lage ist, Sie mit den Wirtschaftsfragen auf dem Laufenden zu erhalten, die für Sie u. Ihre Wirtschaft in Betracht kommen.

Vor Schaden aber bewahren Sie sich

wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens des Bezirks gibt. Darum bestellen Sie sofort das „Calwer Tagblatt“, Sie sind dann über alle Preisbildungen, Käufe und Verkäufe jeglicher Art aufs beste unterrichtet.

Druckarbeiten



jeglicher Art wollen Sie bei Bedarf bei uns bestellen. Wir liefern alle Erzeugnisse des Buchdrucks, von der einfachsten Besuchskarte bis zum umfangreichsten Werk, rasch und preiswert ausgeführt

Druckerei des „Calwer Tagblatt“

Geschäftsstelle: Kederstraße Nr. 15, Fernsprecher Nr. 9.

Ständiges Inserieren bringt Erfolg!

Allgemeine Ortskrankenkasse für d. Oberamtsbezirk Calw. Arzt- und Apothekerkosten.

Arzthonorare vergüten wir unseren Mitgliedern bis auf Weiteres nach den Mindestsätzen der staatl. Gebührenordnung.

Nach der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 30. Oktober 1923 haben die Versicherten an den Kosten für Arznei, Heil- und Stärkungsmittel in allen Fällen 10 vom Hundert selbst zu tragen.

Dieser Umstand und das rasche Fortschreiten der Geldentwertung hat einen Teil der Apotheker des Landes veranlaßt, bis auf Weiteres Barzahlung zu verlangen.

Soweit dies für den hiesigen Bezirk zutrifft, erlegen wir die entstandenen Auslagen in Höhe von 90 Prozent.

Unsere Mitglieder werden erucht, ihre diesbezüglichen Ersuchen umgehend hier geltend zu machen, damit der Geldentwertung nach Möglichkeit vorgebeugt werden kann.

Calw, den 16. November 1923.

Vorsitz. des Kassenvorst.: Stv. Max. Verwalter: Prof.

Lichtspieltheater Badischer Hof.

Morgen Sonntag mittags 3 Uhr und abends 8 Uhr

Seepiraten, 6. Episode mit Eddie Polo.

Als Beiprogramm: Chaplin plagt Eifersucht.

An unsere Postbezieher!

Bei unseren Postbeziehern wird in den nächsten Tagen durch die Post die

zweite Rate des Unterschiedsbetrages im Bezugsgeld für den Monat November in Höhe von

Goldmark 1.—

erhoben.

Verlag des „Calwer Tagblatt“.

Haber

zu kaufen gesucht.

Zahlung in wertbeständigem Geld.

Sejfried & Luz, Sägewerk, Bad Teinach.

Nähmaschine

fast neu, Wert 100 Goldmark

tauscht

gegen wertentsprechendes

Schwein

Herm. Essig, Liebenzell.

Futtertrog

eisenblech, n. Unterreichenbach

verloren,

erbitte gefl. vom Finder an-

zugeben.

Adolf Luz, Calw.

Brotmehl

empfehl

Fr. Volz, Handlung,

Oberreichenbach.

Ostelsheim.

Zwei trächige

Mutter Schweine

tauscht gegen eine

jüng. Milchkuh

Fr. Nagel.